

40 000 Briefe ohne Antwort

Pflegekammer-Präsidentin: „Wir haben nach wie vor ein Akzeptanzproblem“

VON LARS LAUE



Sandra Mehmecke
Pflegekammer-Präsidentin

Hannover – Der von Beginn an umstrittenen Pflegekammer Niedersachsen fehlt es weiter an Rückhalt. Von den geschätzt mehr als 90 000 potenziellen Mitgliedern haben sich bislang erst 60 586 Mitglieder vollständig registriert. „Wir haben nach wie vor ein Akzeptanzproblem, vor allem in der Altenpflege“, räumte Kammerpräsidentin Sandra Mehmecke ein.

Gleichzeitig kündigte die Kammer an, in den nächsten Wochen Zehntausende Zahlungserinnerungen zu verschicken. Denn: Insgesamt waren im vergangenen Jahr rund 97 000 Beitragsbescheide an Beschäftigte der Pflegebranche verschickt worden. Zum Stichtag 31. Mai haben laut Kammer gerade einmal rund 18 000 Mitglieder ihren Mitgliedsbeitrag für das Beitragsjahr 2018 beglichen. 53 000 Mitglieder haben davon Gebrauch gemacht, den Höchstbeitrag von 280 Euro jährlich per Selbstauskunft über das tatsächliche Einkommen deutlich herabsetzen zu lassen.

Abzüglich der etwa 2 500 Angeschriebenen, die im Nachhinein aus der Pflicht zur Mitgliedschaft entlassen wurden, bleiben immer noch mehr als 40 000 Mitglieder, die sich weder selbst eingestuft haben, noch den Höchstbeitrag zahlen. Die

Anzahl derjenigen, die bei einem Jahreseinkommen von 70 000 Euro und mehr liegen, somit den Höchstsatz zahlen müssen und dies auch bereits getan haben, bezifferte Pflegekammer-Geschäftsführer Manuel Ahting auf 200. All diejenigen, die weder den Höchstbeitrag zahlten, noch eine Selbsteinstufung vorgenommen hätten, würden nun von der Kammer per Post erinnert. „Darunter befinden bestimmt auch welche, die uns gar nicht zugehörig sind, aber auch diejenigen sollten sich bei uns melden“, sagte Ahting.

Der 2017 per Gesetz be-

schlossenen berufsständigen Selbstverwaltung gehören alle in Niedersachsen tätigen Fachkräfte der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege per Pflichtmitgliedschaft an. Sie müssen einen Beitrag zahlen, der nach dem Einkommen bemessen wird. Vor Weihnachten hatte die Kammer Bescheide über 140 Euro fürs halbe Jahr 2018 verschickt, was Jahreseinkünften von 70 000 Euro entspricht. Der Jahres-Höchstbeitrag für die Kammer-Mitgliedschaft liegt bei 280 Euro. Da kaum eine Pflegekraft ein Jahres-Einkommen von 70 000 erzielen dürfte, zogen

die Beitragsbescheide eine Welle des Protests nach sich. Um weniger zu zahlen, müssen Mitglieder ihr steuerpflichtiges Bruttoeinkommen angeben. Erst dann wird ein neuer Bescheid über 0,4 Prozent der Jahreseinkünfte erstellt. Eine im Dezember von dem Pfleger Stefan Cornelius aus Berge (Landkreis Osnabrück) gestartete Online-Petition richtet sich grundsätzlich gegen die Pflichtbeiträge. Innerhalb kurzer Zeit gab es mehr als 48 000 Unterstützer, die meisten davon aus Niedersachsen.

Trotz aller Vorbehalte gegen die Kammer sieht Mehmecke einer Evaluation, also einer Untersuchung und Bewertung der Kammer, gelassen entgegen. Die Evaluation der Ende 2017 gegründeten Interessenvertretung, für die die Rechtsaufsicht beim Sozialministerium liegt, ist im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU festgeschrieben. Ergebnisse sollen laut Sozialministerin Carola Reimann (SPD) Mitte 2020 vorliegen. „Da machen wir uns keine Sorgen“, gibt sich Mehmecke zuversichtlich.

DISKUSSION UM KLINIKSTANDORTE

Mehmecke empfiehlt Gesundheitszentren zur Verbesserung der Pflege

In der Diskussion über mögliche Schließungen von Krankenhäusern fordert die Pflegekammer Niedersachsen einen Ausbau bestehender Standorte zu Gesundheitszentren. Viele Krankenhäuser zu schließen, sei in einem Flächenland zwar nicht sinnvoll, sagte die Präsidentin der Kammer, Sandra Mehmecke. Um die Pflege zu verbessern, müsse aber das vorhandene Personal effektiver eingesetzt werden. „Wir können einige Standorte in Nieder-

sachsen erheblich entlasten, wenn wir die Zentren weiterentwickeln.“ Eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung war zu dem Schluss gekommen, dass die Versorgung von Patienten durch die Schließung von mehr als jedem zweiten Krankenhaus verbessert werden könnte. Das Argument: Eine Bündelung von Ärzten, Pflegepersonal und medizinischen Geräten an weniger Kliniken könnte die Qualität der Versorgung verbessern. dpa